

Martin Püschel

Politische Partizipation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen

Wie motivieren Parteien junge Menschen
zu mehr Engagement?

SOCIAL*Plus*

Martin Püschel

**Politische Partizipation
von Jugendlichen
und jungen Erwachsenen**

**Wie motivieren Parteien junge Menschen
zu mehr Engagement?**

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Impressum:

Copyright © Social Plus 2020

Ein Imprint der GRIN Publishing GmbH, München

Druck und Bindung: Books on Demand GmbH, Norderstedt, Germany

Covergestaltung: GRIN Publishing GmbH

Inhaltsverzeichnis

1 Vorwort.....	1
2 Einleitung.....	5
3 Partizipation – Begriffsbestimmungen	8
3.1 Generationaltypische Formen politischer Partizipation.....	10
3.2 Einflussfaktoren.....	11
4 Jugendliche und junge Erwachsene – Begriffsbestimmungen	13
4.1 Das sozialisationstheoretische Konzept der Entwicklungsaufgaben.....	14
4.2 Probleme bei der Bewältigung von Entwicklungsaufgaben.....	15
4.3 Übergang ins Erwachsenenalter.....	16
4.4 Altersgrenzen.....	18
4.5 Generationale Ordnung.....	19
4.6 Milieus und Lebenslagen	20
4.7 Habitus.....	21
5 Ausgangslage	22
5.1 Forschungsfeld.....	22
5.2 Forschungsinteresse.....	28
5.3 Hypothesen.....	29
5.4 Forschungsfragen.....	30
6 Forschungsdesign	56
6.1 Feldzugang	56
6.2 Datenerhebung.....	57
6.3 Stichprobenbeschreibung	61
6.4 Grounded Theory.....	63
6.5 Einhaltung von Gütekriterien	71

7 Ergebnisse.....	73
7.1 Die Struktur der Kodierung	73
7.2 Interpretation und Diskussion der Ergebnisse	74
8 Fazit.....	115
9 Ausblick und Handlungsempfehlungen	123
10 Persönliche Bilanz mit Bezügen zur Erhebung und zum Verband.....	130
Literaturverzeichnis	133
Abbildungsverzeichnis	138
Anhang.....	139

1 Vorwort

Seit Ende 2008 bin ich aktiv bei BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN sowie in der GRÜNEN JUGEND, dem Jugendverband der Partei. Ich bin in einer Kleinstadt (ca. 30.000 Einwohner*innen) in Nordrhein-Westfalen am Niederrhein aufgewachsen. Über alle möglichen Entscheidungen wurde in unserer Familie immer viel diskutiert, nicht nur Alltagsentscheidungen betreffend, sondern auch bezüglich politischer Ereignisse. Erinnern kann ich mich daran, dass meine Mutter (Sozialarbeiterin in einer Senior*inneneinrichtung) sich durch die Gründung einer Bürger*inneninitiative dafür eingesetzt hat, dass eine integrative Schulklasse für Schüler*innen mit und ohne Behinderungen an unserer Grundschule eingerichtet wurde, also anlassbezogene unkonventionelle politische Partizipation ausgeübt hat. Mein Vater (Lehrer) war lange aktiv in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), u.a. als gewählter Vertreter im Personalrat für Hauptschulen und hat immer wieder begeistert von dieser Arbeit erzählt, ist also in konventioneller politischer Partizipation engagiert gewesen. Auslöser für meinen Parteieintritt, inklusive Jugendverband, waren und sind damals wie heute Ziele wie Atomkraftwerke abschaffen und das verschulte Bildungssystem ändern zu wollen (erstes erreicht, letzteres bis heute) sowie eine radikale Kapitalismuskritik. Zunächst besuchte ich Ende 2008 Sitzungen des Ortsverbands von BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN in unserer Kleinstadt. Da mir diese irgendwann zu langweilig waren und ich auch nicht von allen Personen zwischen 50 und 60 Jahren mit offenen Armen empfangen wurde, suchte ich mir in ca. 6 Monaten 10 Leute zusammen, um im April 2009 eine Ortsgruppe der GRÜNEN JUGEND zu gründen. Dazu muss man wissen, dass meine Heimatstadt bürgerlich-konservativ geprägt ist, zumal im ländlichen Raum, weshalb ich im gesamten Kreisgebiet nach Leuten suchen musste, aber dann auch irgendwann fündig wurde. Weil niemand dieses Amt haben wollte, war ich dann von dieser Ortsgruppe zwei Jahre lang Schatzmeister – hohes Verantwortungsbewusstsein also zentrale Wertorientierung. Da im Sommer 2009 in NRW Kommunalwahlen statt fanden, wurde ich dabei direkt als Kandidat in einem Wahlbezirk meiner Herkunftsstadt für die Partei aufgestellt und war anschließend als Sachkundiger Bürger Mitglied der GRÜNEN Ratsfraktion von August 2009 bis Mai 2014. Durch die Kontakte im gesamten Kreisgebiet zu potentiellen Aktivist*innen waren wir relativ schnell gemeinsam in der Lage, einen Kreisverband der GRÜNEN JUGEND zu reaktivieren, den es einige Jahre zuvor schon gegeben hatte. Im Mai 2009 fand ein erstes Treffen dafür statt. Von Mai 2009 bis Juli 2011 war ich dort im Kreisvorstand tätig, wieder als Schatzmeister,

wieder unfreiwillig. Nach der Beendigung meines Bachelorstudiums der Sozialen Arbeit in Mönchengladbach, wo ich ebenfalls versucht hatte, eine Ortsgruppe der GRÜNEN JUGEND wieder zu gründen, wofür es auch ein paar Treffen gab, die aber letztendlich gescheitert sind aus unterschiedlichen Gründen, hatte ich eine einjährige politische Identitätskrise (Brüche im Engagement). Weil ich mich dazu genötigt fühlte, um dazu zu gehören, habe ich zu Beginn meiner Mitgliedschaft in der GRÜNEN JUGEND eine gewisse Zeit lang versucht, so oft wie möglich (v.a. in der Öffentlichkeit) auf Fleischkonsum zu verzichten. Da mir dieser Verzicht aber zu anstrengend wurde, habe ich schnell wieder damit aufgehört. Dadurch u.a. machte ich mich unbeliebt. Ich kandidierte 2-3 Mal auf Landesebene bis Mitte 2014 für irgendwelche Ämter (u.a. Landesvorstand) und wurde jeweils immer, wenn auch meistens knapp, nicht gewählt. Nach dem Bachelorstudium arbeitete ich als Sozialarbeiter in einer Evangelischen Studierenden-Gemeinde in Düsseldorf und wohnte dort in einem Wohnheim, das zur Gemeinde gehörte. Auch das Christ*innentum als Religion, zumal, wenn sie mehr oder weniger aktiv praktiziert wird, stieß damals auf wenig Gegenliebe in meinem Landesverband. Protestant*innen wurde oft pauschal vorgehalten, ihre Konfession sei doof, weil Luther sei Antisemit. Katholik*innen bekamen andere Pauschalisierungen entgegen gebracht wie z.B. sexuellen Kindesmissbrauch zu begünstigen. Dazu kam: Die Bundestagswahl 2013 wurde von BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN verloren aufgrund eines Steuerkonzepts, das niemand verstanden hatte – aus meiner Sicht – und wegen m.M.n. unnötigen Debatten über einen Veggie Day, was medial dann natürlich so dargestellt wurde, als hätten wir nur diese zwei Fokussierungen und nichts anderes Inhaltliches zu bieten. Und zu guter Letzt hat mich noch mein damaliger Ortsverband fallen gelassen, nachdem ich mir jahrelang große Mühe gegeben hatte, um mir Chancen auf einen aussichtsreichen Listenplatz bei der NRW-Kommunalwahl 2014 für den Stadtrat zu sichern. 2009 waren 3 Mandatsträger*innen auf dem Ticket von BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN in den Stadtrat gewählt worden. Ich bekam dann nach einer Kampfabstimmung auf Listenplatz 5 am Ende Listenplatz 6 bei der Listenaufstellung der Stadtratsliste. Schließlich zogen 5 Personen in den Stadtrat ein. Für mich persönlich der schlimmste Moment meines gesamten politischen Lebens. Einige Wochen danach erklärte ich meinen Rücktritt aus Ortsverband und Fraktion, allerdings nicht, ohne dabei eine Art Abrechnung in Schriftform mit den Kolleg*innen zu machen. Trotz allem fuhr ich im Frühjahr 2014 im Zusammenhang mit der Landtagswahl in Thüringen zu befreundeten Aktivist*innen in Jena, um dort Wahlkampfhilfe zu leisten. Fast alle an diesem Landtagswahlkampf beteiligten Personen waren Christ*innen und aßen auch

mal eine Bratwurst, zumal in Thüringen. Als ich 2015 dann für mein Masterstudium nach Erfurt umzog, knüpfte ich wieder Kontakte zu lokalen Aktivist*innen der GRÜNEN JUGEND. Relativ schnell fühlte ich mich in diesem insgesamt eher von realpolitischem Pragmatismus geprägten Landesverband sehr wohl, wobei ich mich selbst nicht pauschal einem Flügel zuordnen will, da ich im Zweifel auch links bin, abgesehen von christlichen Werten als Fundament meines politischen Handelns und der Ablehnung von Bevormundung bei der persönlichen Entscheidung, sich so oder so zu ernähren. Ich wurde in Thüringen in relativ kurzer Zeit in diverse Ämter gewählt, weil meine Haltung (wertorientierte, undogmatische Politik aus Verantwortung der Gesellschaft gegenüber statt Politik um der Karriere willen) offensichtlich gut ankam. Zunächst war ich einige Zeit im Vorstand der GRÜNEN JUGEND Erfurt. Nachdem ich in NRW oft daran gescheitert war und ein Jahr gebraucht hatte, um diese Niederlagen irgendwie zu verarbeiten, wagte ich dann im April 2017 erneut eine Kandidatur für den Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Thüringen, wurde dabei als Politische Geschäftsführung gewählt und ein Jahr später in diesem Amt bestätigt. Seitdem bin ich zuständig für die Politische Bildungsarbeit, interne Organisation, Veranstaltungen und Mitgliederverwaltung. Ich habe das Gefühl, alles in diesem Jugendverband erreicht zu haben und (anders als früher, wo ich jahrelang unbedingt für Parlamente als Berufspolitiker kandidieren wollte, das politische Engagement also ausschließlich von Leistungswerten geleitet wurde) mir selbst und anderen nichts mehr beweisen zu müssen. Es hat sich dadurch eine stoische Ruhe und Gelassenheit eingestellt gegenüber allem, was noch kommen könnte in den nächsten Jahren und damit bin ich sehr zufrieden (spontane Kandidaturen für Parlamente dennoch nicht ausgeschlossen, aber nicht mehr, weil ich muss, sondern, weil ich es könnte). Es liegt in meiner Hand und diese Kontrolle möchte ich behalten, mich nicht beruflich von der Gunst einer Partei abhängig machen, sondern aus purer Freude Politik und Gesellschaft gestalten.

Durch meine langjährigen Erfahrungen mit Höhen und Tiefen in Jugend und Partei habe ich mich immer wieder gefragt, wie andere Personen den Weg dort hin gefunden haben, warum sie sich überhaupt politisch engagieren und „dann auch noch bei uns“ (insbesondere in der GRÜNEN JUGEND, aber auch bei BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN, da beides nicht immer klar voneinander zu trennen ist, obwohl es immer wieder versucht wird). Um dieser Frage nachzugehen und um mit der – mir inzwischen gegebenen – für empirische Forschung notwendigen kriti-

schen Distanz zum Forschungsfeld, dieses besonders zu untersuchen, entstand diese Masterthesis mit der ihr zugehörigen Erhebung.

Ich bedanke mich bei allen Weggefährt*innen aus den letzten 10 Jahren, auch bei allen Kritiker*innen. Denn am Ende ist, trotz aller Unterschiede, gerade in diesen schwierigen gesellschaftlichen Zeiten des Rechtsrucks, wo Rechtsextremist*innen in mittlerweile allen 16 Landesparlamenten und im Bundestag (wieder) vertreten sind, einer Politik der Angst und Spaltung, von Hass und Hetze, doch klar: Wir sind eine GRÜNE Familie. Und wir werden diese Welt nur gemeinsam verändern. Oder daran zugrunde gehen.

Und am Ende bedanke ich mich natürlich bei meiner Familie, vor allem bei meinen Eltern und meinem Bruder. Für Sponsoring, Essen, Behausung, Trost, Ermutigung, Gespräche und alles andere, was ich vergessen habe.

2 Einleitung

Ergebnissen der FES-Jugendstudie 2015 zufolge (FES = Friedrich-Ebert-Stiftung, im Folgenden entsprechend abgekürzt) beeinflusst die formale Bildung maßgeblich die Partizipationsrate unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Daraus ergibt sich für die nonformale politische Bildung, welche durch die Profession Soziale Arbeit zu vermitteln ist, ein Handlungsbedarf zum Ausgleich struktureller Defizite an dieser Stelle¹. Die politische Partizipation Jugendlicher und junger Erwachsener bekam im Oktober 2015 eine kurzzeitige und unerwartete Popularität in der Forschungslandschaft. Ergebnissen der 17. Shell-Jugendstudie 2015 zufolge seien Jugendliche in Deutschland zwischen 12 und 25 Jahren wieder deutlich mehr als bisher politisch. Die jungen Menschen befänden sich in einem politischen Aufbruch wie seit 20 Jahren nicht mehr, es habe ein erheblicher Wandel stattgefunden. Diese Deutung wurde im Wesentlichen anhand des Ergebnisses einer einzigen (!) in der Shell-Jugendstudie 2015 gestellten Frage festgemacht, wonach 41 Prozent der Befragten sich zum damaligen Zeitpunkt als politisch interessiert bezeichneten. Auf der anderen Seite fielen die Deutungen der letzten Shell-Jugendstudie in einen Kontext einiger jüngerer relevanter Befunde und Diskussionen zur Jugend in Deutschland, wonach wiederholt eine große Distanz der Jugend zur institutionalisierten Politik konstatiert wurde, mit zunehmender Tendenz. Vor allem in politischen Parteien, aber auch in anderen politischen Institutionen würden sich kaum Jugendliche engagieren. Zu diesem Befund kam auch die Shell-Jugendstudie 2015. Im Kontext des Themas Jugend und Politik wurde außerdem bezüglich des Verhaltens Jugendlicher die Anlegung eines erweiterten, zeitgenössischen Politikbegriffs mehrfach diskutiert. Ein möglicherweise gestiegenes politisches Interesse Jugendlicher und junger Erwachsener ab 2015, bei gleichzeitig konstatiertem Distanz dieser Bevölkerungsgruppe zu herkömmlichen politischen Institutionen und die Notwendigkeit unter Bedingungen gesellschaftlichen Wandels das politische Verhalten der jungen Menschen begrifflich entgrenzter zu definieren, führen zu einem Spannungsfeld, das Forschungsbedarf verursacht.² Die Kontakte des Verfassers zur GRÜNEN JUGEND (Forschungsfeld) werden in einer Erhebung als Bestandteil dieser Masterthesis genutzt, um einen empirischen Beitrag zum in vielerlei Hinsicht vorhandenen Forschungsbedarf im

¹ Gaiser, Rijke 2016, 61-62

² Steinwede et al. 2016, 15-16

Bereich der politischen Partizipationsforschung über Jugendliche und junge Erwachsene zu leisten. Durch zwei autobiografisch-narrative Interviews mit Mitgliedern der GRÜNEN JUGEND werden Einflussfaktoren für die politische Partizipation Jugendlicher und junger Erwachsener auf der Grundlage ihrer persönlichen Partizipationsbiografien untersucht.

Zunächst wird in Kap. 2 der Partizipationsbegriff bestimmt durch bisherige Erkenntnisse aus der Partizipationsforschung mit Erwachsenen inklusive einer zusammenfassenden Beschreibung von Einflussfaktoren für politische Partizipation dieser Zielgruppe. Daran anschließend erfolgt in Kap. 3 der Versuch einer Begriffsbestimmung zur Abgrenzung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, durch ausgewählte Konzepte und Theorien aus der Jugendforschung. Nachdem in Kap. 4 die Ausgangslage (inklusive Geschichte von BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN und GRÜNE JUGEND sowie Beschreibung des Forschungsstandes) beschrieben wird, widmet sich Kap. 5 dem Forschungsdesign. Schließlich erfolgt in Kap. 6 die Interpretation und Diskussion der Ergebnisse aus der Erhebung, bevor abschließend in Kap. 7 ein Fazit gezogen und in Kap. 8 der Forschungsprozess mit einem Ausblick und Handlungsempfehlungen beendet wird.

Vor diesem Hintergrund ergeben sich die folgenden forschungsleitenden Fragestellungen:

- Inwiefern ergeben sich aus dem mutmaßlich (nach Hurrelmann in der Shell-Jugendstudie 2015) gestiegenen politischen Interesse Jugendlicher und junger Erwachsener auch real praktizierte Formen von politischer Partizipation?
- Welche Einflussfaktoren führen im Allgemeinen zu politischer Partizipation Jugendlicher und junger Erwachsener?
- Wo findet politische Partizipation Jugendlicher und junger Erwachsener im Allgemeinen heute statt?
- Welche Einflussfaktoren sind, am Beispiel eines politischen Jugendverbands, der GRÜNEN JUGEND als Jugendverband der Partei BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN möglicherweise auslösend (initial), aufrecht erhaltend und/oder verhindernd für das politische Partizipationsverhalten von Jugendlichen und jungen Erwachsenen?
- Spielen Konflikte der Partei BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN, wie Lagerbildung und Ost-West-Unterschiede, auch in der GRÜNEN JUGEND eine Rolle?

- Wirken sich klassenkulturelle Milieus auf das politische Partizipationsverhalten aus und inwiefern ist dieses Phänomen zutreffend oder nicht zutreffend?
- Wie beurteilen die Befragten die aktuellen Fördermaßnahmen innerhalb der GRÜNEN JUGEND für Mitglieder, die das Ziel verfolgen, geschlechtergerechte und inklusive Verbandsstrukturen zu schaffen? Wird dieses Ziel aus Sicht der Mitglieder überhaupt erreicht?
- Welche Maßnahmen können herkömmliche Institutionen politischer Partizipation wie BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN und v.a. die GRÜNE JUGEND ergreifen, um zunächst das Interesse an und daran anschließend die im Idealfall langfristige Ausübung von politischer Partizipation jeweils zu fördern?

Während der gesamten Masterthesis wird im Sinne der Gleichstellung das generische Femininum verwendet. Alle Personen, die sich als cis-männlich definieren, sind selbstverständlich mitgemeint.

3 Partizipation – Begriffsbestimmungen

Die verfügbaren Partizipationsrechte sowie der gleichberechtigte Zugang aller Mitglieder der politischen Gemeinschaft zum politischen Prozess bestimmen maßgeblich die demokratische Qualität eines Herrschaftssystems. Weiterhin ist Partizipation eng mit politischem Wettbewerb, als weiteres Merkmal demokratischer Politik, verbunden. Die Mitglieder der politischen Gemeinschaft (Staatsbürger*innen) üben ihre Souveränitätsrechte aus durch Wahrnehmung von politischen Entscheidungsrechten (Wahlen, Abstimmungen) sowie Mitwirkung am politischen Willensbildungsprozess (Mitarbeit in politischen Parteien und Verbänden, Teilnahme an Demonstrationen). Nur wenn die Bevölkerung tatsächlich davon Gebrauch macht, gewinnen Partizipationsrechte allerdings Bedeutung für den politischen Prozess, letzteres gilt jedoch in westlichen Demokratien nur für eine Minderheit von Bürger*innen.³ Durch das von Robert Putnam eingeführte Konzept des Sozialkapitals gab es ein vermehrtes Interesse der Forschung an sozialer Partizipation.⁴ Als Antriebskraft politischer Partizipation galt sie zwar von Anfang an. In der politikwissenschaftlichen Forschung erhielt sie allerdings erst einen eigenständigen Stellenwert nach der Wiederentdeckung des bürgerschaftlichen Engagements als wichtiger Ressource der Demokratie. In der Praxis ist die Abgrenzung zwischen politischer und sozialer Partizipation nicht immer einfach. Durch das zunehmende Eingreifen des Staates in immer mehr gesellschaftliche Lebensbereiche sind die Grenzen mittlerweile fließend.⁵ Da in dieser Masterthesis die politische Partizipation, vor allem von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, im Fokus stehen soll, findet an dieser Stelle eine detaillierte Auseinandersetzung mit sozialer Partizipation nicht mehr statt. Eine zentrale Differenzierung von Formen politischer Partizipation wurde bereits früh durch die Begriffe konventioneller und unkonventioneller Partizipation vorgenommen.⁶ Entwickelt wurde diese 1979 von den Political Action-Forschern Samuel Barnes und Max Kaase. Weitere Merkmale zur Unterscheidung von konventioneller oder unkonventioneller Partizipation waren dabei Legalität, Legitimität und Verfassheit. Legale, mittelbare und verfasste Beteiligungsformen galten demnach als konventionell, an

³ Gabriel, Völkl 2005, 526

⁴ Putnam, 1993 in Gabriel, Völkl 2005, 526

⁵ Gabriel, Völkl 2005, 526-527

⁶ Gaiser, Rijke 2016, 51

der Einschätzung als illegitim wurde festgemacht, ob eine Verhaltensform unkonventionell ist oder nicht.⁷ J.W. van Deth hat 2014 versucht, das System zu erweitern.⁸ Da die FES-Jugendstudie 2015 – als bisher einzige Studie, die gezielt das Verhältnis der jungen Generation zur Politik untersucht – sich darauf bezieht, wird sich auch die vorliegende Arbeit daran orientieren. Er unterscheidet weiterhin zwischen konventionellen und unkonventionellen Aktivitäten, aber auch „[...] soziale Partizipation [...], deren Ziele genereller sind, auf gesellschaftliche, oft lokale, Probleme [...]“ bezogen, sieht er als dritten Partizipationsbereich, was insofern sinnvoll erscheint, da bereits festgestellt wurde, dass – zunehmend – die Grenzen zwischen politischer und sozialer Partizipation schwerer zu ziehen sind aufgrund staatlicher Eingriffe. Abschließend benennt er eine letzte neuere Form politischer Partizipation jenseits des bisherigen Systems, wozu er verschiedene Varianten des politischen Konsums zählt (Boycott oder Buykott von Waren bzw. Warenproduzent*innen). Konventionelle Aktivitäten sind in der Praxis freiwillige Aktivitäten von Bürger*innen im Bereich Regierung, Politik oder staatlichen Handlungsfeldern wie z.B. wahl- und parteibezogene Aktivitäten (bspw. durch Mitarbeit in einer politischen Organisation) oder auch eine Einflussnahme auf Entscheidungsträger*innen. Unkonventionelle Aktivitäten sind Aktivitäten außerhalb dieses Politikbereichs, die aber darauf abzielen, z.B. legale Protestaktivitäten (bspw. Beteiligung an genehmigten Demonstrationen oder Unterschriftensammlungen), aber auch andere Formen von zivilem Ungehorsam, wodurch möglicherweise die Grenze der Legalität überschritten werden könnte (letztere weisen auch eher geringe Aktivitätshäufigkeiten auf)⁹ Konventionelle und unkonventionelle Aktivitäten schließen einander nicht immer aus, sie können auch miteinander kombiniert werden. Außerdem verändern sich die Sichtweisen über die Legitimität von politischen Aktivitäten im Zeitverlauf sowie dadurch deren Einstufung als konventionell oder unkonventionell.¹⁰

⁷ Barnes, Kaase 1979 in Gabriel, Völkl 2005, 535

⁸ Deth 2014 in Gaiser, Rijke 2016, 51

⁹ Gaiser, Rijke 2016, 51-52

¹⁰ Gabriel, Völkl 2005, 536-537

3.1 Generationaltypische Formen politischer Partizipation¹¹

Aufgrund der politischen Vereinnahmung aller Formen von Partizipation in der NS-Zeit stand in der Nachkriegszeit ein Großteil der Deutschen einer Mitwirkung am öffentlichen Leben anfangs ablehnend gegenüber, auch verstärkt dadurch, dass die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse viele Menschen vor Herausforderungen stellten, die mit dem Wiederaufbau von privaten Existenzen zu tun hatten, welche dann Vorrang hatten. Eine Ausnahme war jedoch die Wahlbeteiligung, welche schon zu Beginn der 1950er Jahre auf ein hohes Niveau, auch im internationalen Vergleich, stieg.¹² Während der 1970er und 1980er Jahre entstanden, resultierend aus der Student*innenbewegung, deren Protestaktionen sich gegen die Notstandsgesetze und den Vietnam-Krieg richteten, neue soziale und politische Bewegungen wie lokale Bürger*inneninitiativen. Ziele einiger Gruppen sind entweder die Einflussnahme auf Entscheidungen staatlicher oder kommunaler Organe oder bei anderen vordergründig Selbsthilfeaktionen. Die Zusammenschlüsse können zeitlich befristet oder Dauerorganisationen sein.¹³ Seit der Wende gibt es bis heute ein starkes Ost-West-Gefälle bei der Mitgliedschaft in Freiwilligenorganisationen, was durch die unterschiedliche Entwicklung im Westen und Osten Deutschlands zu erklären ist. Das bürgerschaftliche Engagement konnte sich im Laufe der Zeit in den sog. alten Bundesländern frei entfalten, während sich in Ostdeutschland „[...] nach 1949 ein von der SED kontrolliertes System von Massenorganisationen“ entwickelte. Eine formale oder rechtliche Verpflichtung, sich daran zu beteiligen, bestand zwar für DDR-Bürger*innen nicht, freiwilliges Engagement war jedoch weitgehend über sozialistische Betriebe und kommunistische Massenvereinigungen organisiert. Letztendlich übte durch dieses Zusammenwirken von Netzwerkstrukturen und gesellschaftlichen Normen der Großteil der DDR-Bürger*innen ein Ehrenamt aus. Insofern sind wohl die Ursachen für die Zurückhaltung von Ostdeutschen bei der Partizipation in Freiwilligenorganisationen ab 1990 vergleichbar mit denen der BRD in den 1950er Jahren. Vermutlich wird

¹¹ Das Konzept der Generationalen Ordnung ist, wie viele andere in dieser Masterthesis erläuterten und z.T. auch zur Erklärung des Datenmaterials angewendeten Konzepte ein soziologisches Konstrukt und insofern nicht immer auf alle Angehörigen einer bestimmten vorab festgelegten Alterskohorte (konstruierte „Generation“) zu übertragen.

¹² Gabriel, Völkl 2005, 548

¹³ Gabriel, Völkl 2005, 556-557